

Vereine fördern! – nicht zur Kasse bitten

Junge Union lehnt neue Gebührenordnung ab

Die Junge Union lehnt die Vorlage des Magistrates zur Neufassung der Gebühren- und Benutzungsordnung für Veranstaltungsorte der Stadt Rodgau entschieden ab. Dies machte die politische Jugendorganisation auf ihrer letzten Sitzung deutlich. „Die Neufassung bedeutet nichts anderes als ein Schlag ins Gesicht der Vereine“, so JU-Vorsitzender Max Breitenbach. „Wie kann es sein, dass ein städtisches Theaterprogramm mit 150.000€ jährlich subventioniert wird und zeitgleich die vielen Vereine für ihr ehrenamtliches Engagement auch noch derart zur Kasse gebeten werden? Die finanziellen Mehrbelastungen können gerade die kleinen Vereine kaum stemmen“, erläutert Breitenbach weiter.

Als fragwürdige Argumentation fügt der Magistrat an, es müsse eine Gleichbehandlung zu Vereinen mit eigenen Räumlichkeiten geschaffen werden. Christoph Koser (2. Vorsitzender) schüttelt den Kopf: „Vereinen, die nicht in der Lage sind ein eigenes Vereinsheim zu bauen oder zu betreiben, muss die Stadt für Veranstaltungen, Übungsstunden oder Ähnliches Räumlichkeiten zu einem vernünftigen Preis zur Verfügung stellen. Eine Verarmung des kulturellen Angebots ist die unweigerliche Folge dieses beschämenden Versuchs die maroden Bürgerhäuser wirtschaftlicher zu betreiben.“

Gleiches gilt für „fest“ vergebene Räume. Der Heimat- und Geschichtsverein Weiskirchen müsste beispielsweise zukünftig jährlich 600 Euro für seinen Archivraum zahlen. „Der Heimat- und Geschichtsverein, als nur ein Beispiel von vielen, leistet eine erhebliche ehrenamtliche Arbeit zum Wohle unsere Stadt. Und dieser soll jetzt durch die Stadt, für die er diese Arbeit mitmacht, in einem solchen Maß belastet werden?“, fragt sich die JU.

„Ein funktionierendes Vereinsleben ist die Grundlage einer gesunden Gesellschaft. Die Rodgauer JU fordert daher die Stadtverordnetenversammlung auf, diese nicht durchdachte Vorlage abzulehnen und gemeinsam mit allen betroffenen Vereinen ein neues Konzept zu erarbeiten. Die Vereine müssen gefördert und nicht zur Kasse gebeten werden“, so Max Breitenbach abschließend.